



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	17.04.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Maßnahmen gegen Jugendkriminalität-aktueller Sachstand

Bezirksvertreter Krems(SPD- Fraktion) bittet die Verwaltung in einer ergänzenden Mitteilung dar-
zulegen, welche speziellen Maßnahmen gegen Jugendkriminalität für den Stadtbezirk Kalk vorge-
sehen sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Maßnahmenpaket „ Abbau von Jugendkriminalität“ ist am 29.1.2008 vom Rat der Stadt Köln als
ein gesamtstädtisches Paket verabschiedet worden. Das „Streetwork Konzept“ ist bewusst direkt
an das bei der Stadtverwaltung zuständige Amt angebunden. Streetwork und mobile Arbeit liefern
für die Steuerungsebenen der Ämter relevante Informationen, die Grundlage für die Entwicklung
von Präventionsstrategien sind.

Nachfolgend der aktuelle Sachstand:

Das Jugendamt arbeitet mit Nachdruck daran, sowohl die Stellen für die Schulsozialarbeit als auch
die Streetworkerstellen und die Koordinierungsstelle zeitnah zu besetzen. Die internen Bewer-
bungsverfahren sind abgeschlossen, derzeit finden externe Auswahlgespräche statt.

Für die Streetworker ist es erforderlich, im nächsten Schritt eine Einsatzplanung zu entwickeln.

Diese sollen flexibel und **gesamtstädtisch – bedarfsgerecht-** eingesetzt werden. In der Kommu-
nikation mit der **bezirklichen** Ebene werden die Bezirksjugendamtsleitungen und die Jugendpfle-
gen eine entscheidende Rolle spielen. Über sie werden die Bedarfe u.a. an die Koordinierungsstel-
le herangetragen. Vor Beginn eines Einsatzes sollte eine grobe Einschätzung vorliegen, um gege-
benenfalls Prioritäten setzen zu können.

In Abstimmung mit der unteren Schulaufsicht für die Stadt Köln und dem Amt für Kinder, Jugend
und Familie wurden folgende Haupt- und Förderschulen für die vier neu geschaffenen Schulsozial-
arbeitsstellen ausgewählt:

Förderschule Lernen Rosenzweigweg

Förderschule emotionale und soziale Entwicklung Berliner Straße

Hauptschule Ferdinandstraße

Hauptschule Rendsburger Platz

Das Auswahlverfahren zur Besetzung der Schulsozialarbeitsstellen mit geeigneten sozialpädagogischen Fachkräften ist noch nicht abgeschlossen.

Mit den jeweiligen Schulleitungen fanden erste Abstimmungsgespräche statt.

Der Einsatz der Projektmittel für gewaltpräventive Sportangebote muss im Rahmen der Auftragslage „Abbau von Jugendkriminalität“ erfolgen. Die Maßnahmeplanung erfolgt in Abstimmung zwischen Sportamt und der Koordinierungsstelle „Gewaltprävention“ beim Jugendamt, bzw. im Rahmen der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe „problematische Jugendgruppierungen“, zu der das Jugendamt einlädt und in die neben der Polizei auch das Sportamt einbezogen ist.